

Die ersten Feuerwaffen, die nach 1945 den Polizisten der britischen Zone anvertraut wurden, waren dickkalibrige Trommelrevolver aus englischen Heeresbeständen. „Sie mußten mit Braunkohle geheizt werden“, witzelt Niedersachsens Waffen-Spezialist Polizeirat Wiegand. Nicht viel anders war es mit den Revolvern, die die Amerikaner ihren Zonenpolizisten pumpeten, der „Zimmerflak“. Die unförmigen Wildwest-Requisiten, die die Rocktaschen der Kripobeamten ausbeutelten, ließen sich nur durch mühsame Montage der Trommel nachladen.

**Gefährlicher für den Schützen** als für das Ziel waren die Trommelrevolver, die von den Franzosen der badischen und pfälzischen Polizei zur Verfügung gestellt wurden. Historiker hätten das Baujahr auf etwa 1865 geschätzt, wird heute an Polizeistammtischen behauptet.

Als die Alliierten schließlich erlaubten, daß Deutschland wieder selbst Waffen kaufte, gingen sofort die ersten Angebote ausländischer Waffenfabriken bei den Polizeibesorgungsämtern ein. Frankreich, Belgien, Spanien, Italien, die Schweiz präsentierten ihre Pistolen an.

Die Waffenexperten der Bundesrepublik sind sich indessen durchaus nicht einig, wie die ideale Polizeipistole aussehen sollte. Immerhin stellt die Mehrzahl der Polizeichefs diese Forderung:

- Pistole und nicht Revolver\*). Die Handhabung des Revolvers ist zwar einfacher und ungefährlicher, die Schußzahl (5 bis 6) aber zu begrenzt. Der Revolver ist zu schwer. Oberregierungsrat Herzog vom Bayerischen Innenministerium: „Für amerikanische Sheriffs, die auf dem Pferd rumreiten und das schwere Trumm am Gaul hängen haben, mag das ja ganz schön sein.“
- Kaliber 7,65. Größere Kaliber sind zu unhandlich und vor allem im Gebrauch der Kriminalpolizei zu auffällig. „Das Kaliber 9 mm macht bei kleinen Verbrechern ein zu großes Loch.“ Das Kleinkaliber 6,35 mm wird allgemein als Spielerei abgelehnt.
- Außenliegender Hahn. Gewährleistet Waffenbedienung mit einer Hand und gibt größere Sicherheit, da der Schütze sofort erkennen kann, ob Waffe gespannt ist.
- Führung der Feder nicht um den Lauf, da durch die Erhitzung bei schneller Schußfolge Lähmung der Feder eintreten kann.

Wie schwierig es aber ist, auf den Weltwaffenmärkten bei Korea-Boom und Europa-Rüstung eine diesem Ideal angenäherte Waffe einzukaufen, mußte der Ministerialdirektor Walter Bargatzky von Robert Lehrs Bonner Innenministerium erfahren. Bargatzky hatte vor kurzem von sich reden gemacht, als ein von ihm geschriebener Leserbrief in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ erschienen war, aus dem der Bundestagsabgeordnete Ludwig Bergsträßer von der SPD monarchistische Tendenzen herauslas, wodurch er sich veranlaßt fühlte, eine Monarchie-Debatte im Bundestag zu entfesseln (vergl. SPIEGEL 42/51).

Dieser Walter Bargatzky flog nun eigens nach Spanien, um dort über Einkäufe von Pistolen für den Bundesgrenzschutz zu verhandeln. Der Waffen-Kaufmann Udo Speidel bot sich als Begleiter an. Aber Bargatzky buchte in letzter Minute seinen Flugplatz um und reiste allein.

\*) Pistole: Selbstladewaffe mit Magazin im Pistolengriff, Auswerfen der Hülse nach dem Schuß und Einschleiben einer neuen Patrone durch Ausnutzung des Rückstoßes. Revolver: Waffe, deren Trommel (für sechs und mehr Patronen) durch Abschuß selbsttätig gedreht wird.

Der frühere deutsche Militärattaché, Generalmajor Doerr, jetzt Lehrer an der Kriegsschule Madrid, unterstützte Walter Bargatzky derart, daß schließlich 38 000 Pistolen vom Kaliber 9 mm Type Astra der staatlichen Waffenfabriken in Eibar und Guernica gekauft werden konnten.

Bargatzky: „Ich freue mich, das beste Geschäft für die Bundesrepublik gemacht zu haben. Es war mein erster Waffenhandel.“ Mit Hilfe von Doerr war es Bargatzky gelungen, den Preis von über 100 DM auf 71 DM zu drücken und zu erreichen, daß die Pistolen nicht in Dollars, sondern in Deutscher Mark bezahlt werden konnten.

Allerdings haben diese Pistolen nicht das Ideal-Kaliber 7,65, allerdings ist bei der Astra die Feder um den Lauf geführt, allerdings hat sie eine unglückliche Gewichtverteilung und keinen außenliegen-



„Grüß Gott, Herr Hitler!“  
Lignitz-Enkel v. Bomhard

den Hahn. Auch können keine Ersatzteile nachgeliefert werden, da die von Bargatzky eingekauften Pistolen ein Restposten eines alten Wehrmächtauftrages sind, der vor Kriegsende nicht mehr abgenommen wurde: Großdeutschlands Waffenexperten waren 1944 mit Ausführung und Material der Astra nicht zufrieden.

So lagerte dieser Posten jahrelang und wurde auf allen schwarzen und weißen Waffenmärkten wie sauer Bier angeboten. Afghanen, Syrer und die zionistische Haganah waren zeitweilig interessiert und konnten sich dann nicht entschließen, obgleich der Stückpreis inzwischen auf 16 Dollar gesunken war. Aus den 38 000 Astra-Pistolen mußten 1000 wegen verrosteter Läufe oder schlecht gehärteter Schlagbolzen ausgesondert und zurückgewiesen werden. Der Posten war aber trotzdem das Beste, was zur Zeit für die innere Sicherheit der Bundesrepublik zu haben war.

An das Nächstliegende, nämlich eine deutsche Pistolen-Serienfabrikation bei Walther in Neu-Ulm, ist sobald nicht zu denken. Die Alliierten haben Deutschland jede Herstellung von automatischen und halbautomatischen Waffen verboten und selbst bei einem — unwahrscheinlichen — Permit könnte nach der Totalzerstörung der Walther-Werke die Produktion nicht vor 1953 anlaufen.

## OBERSALZBERG

### Verzehr bedingt

Die Frau Hippler, Gattin des seinerzeitigen „Reichsfilmdramaturgen“ Dr. Fritz Hippler, die der Berchtesgadener Filiale des Amtlichen Bayerischen Reisebüros vorsteht, muß jetzt immer häufiger eilige, ziemlich gleichlautende Anfragen aus dem Ausland beantworten: „Wie lange kann man die Ruinen auf dem Obersalzberg noch besichtigen?“

Das ist die erste bisher registrierte internationale Reaktion auf die Tätigkeit der 30 Abbrucharbeiter, die auf Kosten des Reichenhaller Baugeschäfts Schmölzl und im Auftrag der Bayerischen Staatsregierung die letzten sichtbaren Reste des Nationalsozialismus im Berchtesgadener Land beseitigen wollen.

Damit diese historische Entrümmerungsaktion zwischen den Scherben der NS-prominenten Häuslichkeit nicht zum Anlaß spontaner neofaschistischer Erinnerungs- oder Abschiedsveranstaltungen wird, hat Bayerns umsichtiger Innenminister Dr. Wilhelm Högner seinerseits 30 Landpolizisten auf der suspekten Anhöhe postieren lassen, die nach ihrer eigenen Aussage „zum Schutze der Demokratie“ ihre Tage dort oben verbringen, während sie nach den Beobachtungen der Einheimischen Skat spielen. Unter drei ist denn auch die mittlerweile stark reduzierte Zahl der Polizisten bisher noch nicht gesunken.

90 000 DM muß Abbruchunternehmer Schmölzl für das hinterlegen, was von Berghof, Göring-Haus, Bormann-Haus und SS-Kasernen nach den Bombardements vom 24. und 25. April 1945, den SS-Brandlegungen vom Mai 1945 mit anschließender Plünderung und nach den Heuschreckenschwärmen internationaler Andenksammler noch übrig geblieben ist. 60 000 DM werden ihm nach Abschluß der Arbeiten zurückerstattet.

Die restlichen 30 000 DM, für die Schmölzl die Trümmer also kaufte und die er aus dem Verkauf der Abbruchsteine usw. gut wieder hereinholen will, will die Gemeinde Berchtesgaden zum Bau eines Jugendheimes verwenden. Dann sollen Bäume über den entnazifizierten Teil des Obersalzberges wachsen, dem in dieser Abbruchstunde noch einmal unnötig zu einer Bedeutung verholfen wurde, an der sich — mit politischen und wirtschaftlichen Argumenten geschürt — von Berchtesgaden bis München die Gemüter bis zur Weißglut erhitzten.

Wie der Adolf Hitler überhaupt dazu gekommen war, sich am Obersalzberg zu etablieren, darüber geben die Aufzeichnungen der Witwe des Generals Viktor von Lignitz, weiland Kommandeurs des III. Armee Korps (Standort Berlin), zuletzt Stadtkommandant von Berlin, Auskunft.

Exzellenz Emilie von Lignitz, die schon 1937 verstorben ist, schreibt: Die Besitzerin der weltberühmten Pension Moritz, in der Persönlichkeiten wie Clara Schumann, Spangenberg, Lenbach, Gussow, Böcklin und andere wohnten, habe abseits von ihrer Pension im Walde eine Art Kinderhaus bauen lassen, wo die Kinder ihrer Gäste sich nach Herzenslust austoben konnten. Das Spielhäuschen bestand nur aus einem größeren Raum.

Die Zeiten änderten sich, die Pensionsgäste blieben aus und mit ihnen die Kinder. Das Häuschen verfiel. Weiter heißt es wörtlich bei Emilie von Lignitz: „Im Jahre 1921 kam ich diesem Häuschen vorbei... es wurde gerade an ihm gearbeitet. Ich machte mir (über die Renovierung) keine Gedanken, und im Spätherbst sah ich plötzlich Lichtschein aus dem Häuschen dringen. Ich fragte einen vorübergehenden Bauern: „Wohnt da jemand in diesem Häuschen?“ — Worauf er mir erwiderte: „Ja, da wohnt so

ein Mann.' — ‚Was denn für ein Mann?‘ — ‚No, so einer, wo da schreibt.‘ — Dieser Mann, wo da schrieb, war Adolf Hitler.“

Später wurden der Adolf Hitler und die Frau Emilie von Lignitz gut miteinander bekannt. Diese Bekanntschaft, wie überhaupt das Wissen der alten Exzellenz um diese Dinge, erklärt sich aus der Tatsache, daß der Gatte General von Lignitz im September 1896 auf dem Obersalzberg einige Ländereien erworben hatte.

**Um keine allzu nahe Nachbarn** um seinen Besitz zu haben, kaufte er nach und nach weitere Flächen hinzu. Alles in allem waren es Anfang 1933 4,4 Hektar. Sommerhaupt-sitz des Generals wurde das Haus „Freidinglehen“. Daneben besaß er noch das Haus „Lindenhöhe“.

Im Herbst 1933 erwarb der frisch zum Reichskanzler gemachte Adolf Hitler von Frau von Lignitz für 15 000 RM Land, pro Quadratmeter kostete es 2 RM. Der damals zehnjährige Enkel der Lignitzens, Karl-Viktor von Bomhard, durfte sogar ungestraft „Grüß Gott, Herr Hitler!“ zum Führer sagen. Es dauerte aber nicht lange, da wurde dieses nachbarliche Einvernehmen durch das Auftauchen Martin Bormanns getrübt.

Karl-Viktor von Bomhard erinnert sich heute: „Erschien da der Amtsleiter der NSDAP Gotthard Färber aus dem Münchner Braunen Haus als Beauftragter des Reichsleiters Martin Bormann und erklärte, daß wir die persönliche Sicherheit des Führers durch unser Hiersein gefährdeten. Sie zogen Stacheldraht um unser Haus und setzten ein Wachhäuschen davor. Das Betreten unseres eigenen Hauses war uns nur mit einem besonderen Ausweis möglich.“

Schließlich kaufte die Partei im Jahre 1935 von Lignitz Ländereien für 60 000 RM und im Jahre 1936 für weitere 57 000 RM. Diesmal gab es nur 1,30 RM pro Quadratmeter.

In dem 1935er Kaufvertrag hieß es zwar ausdrücklich: „Die Verkäufer haben das Recht, in dem verkauften Freidinglehen, und zwar in dem ersten Stock dieses Anwesens, uneingeschränkt und unentgeltlich solange zu wohnen, als es der bauliche Zustand des Gebäudes aus baupolizeilichen Gründen überhaupt zuläßt.“

Das ging zwei Jahre gut. Aber 1937 wurde Haus Freidinglehen plötzlich „aufällig“ befunden. Innerhalb von drei Tagen mußte es geräumt sein, dann wurde es abgerissen, genau so wie Haus „Lindenhöhe“.

Die Nachricht, daß der Bayerische Staat nun den Obersalzberg wieder aufforsten will, hat Karl-Viktor von Bomhard, der jetzt in Bremen eine Weingroßhandlung betreibt, mobil gemacht. Der Bayerische Staatsoll ihm sein ehemaliges Eigentum zum gleichen Preis wieder rückverkaufen, wie es von Hitler damals gekauft wurde, und zwar unter Berücksichtigung der Währungsreform für 13 Pfennig pro Quadratmeter.

**Oder aber Bayern** soll für das Gelände, für das nur 1,30 RM pro Quadratmeter gezahlt wurde, eine Differenz von 70 Pfennig nachzahlen. Das ergibt immerhin 25 900 DM. Rechtsanwalt Dr. H. von Holsten in München soll dem weinhandelnden Lignitz-Enkel demnächst diese Forderung an den Bayerischen Staat juristisch aufsetzen.

Daß die Idee, die Hitlerschen Ruinen auf dem Obersalzberg nun abzureißen, sich überhaupt festsetzen konnte, liegt nicht zuletzt an Hugo Zychske.

Während beispielsweise Hermann Görings ehemaliger Kammerdiener Kropp sein Leben schon rein äußerlich auf eine neue Grundlage stellte, indem er als Pin-Boy in der Kegelbahn der US recreation area Kegel aufstellte, blieb Görings früherer Hausmeister Zychske am Obersalzberg,

erwarb sich Brot und Ruf als illegaler Fremdenführer und geleitete die wissenshungrigen Besucher durch die ihm in jeder Hinsicht vertraute Gegend.

Sehr zum Aerger von Reporter Neven-du Mont von der „Münchner Illustrierten“. Neven-du Mont fand Führer Zychske, die lauschenden Zuhörer — „und hier, meine Herrschaften, stand unser verehrter Führer“ — und einige andere Beobachtungen derart verdächtig, daß er zwischen den verwitterten Kacheln des Eva-Braun-Bades erste Keime eines touristischen Neofaschismus entdecken zu können glaubte. Unter „Propagandazelle Obersalzberg“ war dies in Wort und Bild am 14. Juli 1951 in Nr. 28 der „Münchner Illustrierten“ nachzulesen.

Die Reaktion bei Besatzungsmacht, Bayerischer Staatsregierung und politischen Parteien war derart, daß die Freigabeverfügung für den Obersalzberg in der



Vier Stunden Aufenthalt  
Ruinen-Förderer Rasp

Schublade des Berchtesgadener US-Resident Officers liegen blieb. Die Staatsregierung ließ durch den stellvertretenden Ministerpräsidenten Dr. Högner (SPD) mitteilen, daß die Bunker des Berghofes bereits zugemauert seien. Sie scheiden als Katakomben aus.

In München aber forderte der SPD-Landesvorsitzende Waldemar von Knoeringen die Sprengung sämtlicher Gebäude des Obersalzberg-Geländes — auch der noch erhaltenen Bauten, einschließlich des unbeschädigten Teehauses auf dem Kehlstein, vor dessen schwarzem Marmorkamin, einem Geschenk Mussolinis, seit Kriegsende GI's ihre Beine ausstrecken — und die anschließende Aufforstung des Gebietes. Ein Gedanke, der im Kabinett auf keinerlei Widerspruch stieß.

Um so mehr allerdings bei den entsetzten Berchtesgadenern, die angesichts derart extremer Pläne die Axt an der Wurzel ihres aufblühenden Nachkriegs-Fremdenverkehrs spüren. War man nun in München dabei, der Obersalzbergfrage einen rein politischen Anstrich zu geben, so ging man in Berchtesgaden dazu über, sie ausschließlich als wirtschaftliches Problem hinzustellen, als Existenzfrage:

„Jeder Ausländer, der aus dem Zug oder aus dem Wagen steigt, fragt als erstes: Wo hat Hitler gewohnt?“

„Die Besucher wollen aber darüber hinaus wissen: Wie endete er? — Es sind

nämlich keine Gedächtnisfahrten, höchstens Mahnfahrten.“

Darüber hinaus ist aus dem nahen Oesterreich das Beispiel des Ribbentrop-schen Sommersitzes Schloß Fuschl bekannt: Es wurde von der österreichischen Regierung mit amerikanischen ERP-Mitteln zu einem feudalen Fremdenhotel ausgebaut.

Aus Oesterreich kamen auch die bestürzten Fragen des Salzburger Reisebüros Albus: „Seid Ihr denn wahnsinnig, die Ruinen abzutragen? Wir haben doch täglich Obersalzbergfahrten mit Ausländern veranstaltet!“

Schließlich wird jener englische Unterhausabgeordnete immer wieder erwähnt, der auf einige Stunden von London nach Berchtesgaden kam, um den Obersalzberg zu sehen.

Als Bayerns Kabinett den umstrittenen Hang am 2. August in Augenschein nahm, reichte die Skala der zwischen München und Berchtesgaden leidenschaftlich verfochtenen Forderungen vom unerbittlichen, politisch begründeten Abbruch bis zur bedenkenlosen Kommerzialisierung der Trümmerhaufen.

Immerhin konnte Landrat Theodor Jakob, ein geschickter Fürsprecher seines Kreises, nach dem Besuch bekanntgeben: „Bei den im Lauf des ganzen Tages geführten Besprechungen legte das Landratsamt das Hauptgewicht darauf, daß das sogenannte ‚Führergebiet‘ am Obersalzberg mit dem Berghof, dem Göring-Haus, dem Bormann-Haus und den SS-Kasernen völlig vom Kehlstein-Haus zu trennen sei. Nachdem sich diese Erkenntnis bei den ministeriellen Besuchern durchgesetzt hatte, galt es nun, unter allen Umständen die Erhaltung des Kehlstein-Hauses zu erreichen.“

**Das gelang dem Landrat** auch, der sich schon Wochen vorher vorsorglich das Alleinbenutzungsrecht der 6 Kilometer langen Kehlsteinstraße durch einen Vertrag mit dem Bayerischen Finanzministerium für seinen Kreis gesichert hat.

Darüber hinaus hatte Jakob auch mit der Post einen Vertrag, die mit Spezialfahrzeugen die Besucher für 5,50 DM vom Bahnhof Berchtesgaden zum Kehlstein-Fahrstuhl und zurück bringen sollte (Die letzte 123 Meter bis zum Teehaus müssen die Besucher mit einem Fahrstuhl zurücklegen, der 20 Personen faßt).

Die Minister fuhren ab mit der Zusage, die zukünftige Verwendung des Teehauses in der Ministerratssitzung vom 14. August zu besprechen. Es war gedacht, dort oben eine meteorologische Station einzurichten oder eine Sendestation für den Ultrakurzwellen- und Fernsehfunk. Landrat Jakob erreichte, daß auf jeden Fall die Führung einer Einkehrstätte für Touristen in die Planung einbezogen wird. Saß Jakob: „Die Sensation am Berg ist das Kehlstein-Haus. Ich glaube, es wäre töricht, mit dem Kampf für die Ruinen alles zu verpatzen. Wenn ich das Teehaus habe, kommen mir die Fremden auch.“

Anfang September konnte Landwirtschaftsminister Dr. Schlögl mitteilen, daß die geplante Wiederaufforstung voraussichtlich etwas über 100 000 DM kosten würde. Bis schließlich am 2. November 1951 Landkommissar Shuster die Freigabe des Geländes unter der Bedingung des Ruinenabbruchs und der Aufforstung bekanntgibt, haben sich aber um die NS-Trümmer die Verhältnisse politisch so verzahnt, daß den Mißverständnissen Tür und Tor geöffnet ist.

Welche Rolle hierbei die Rivalität der Heimatzeitung „Berchtesgadener Anzeiger“ und der Reichenhaller Lizenzzeitung „Südost-Kurier“ spielt, das wird im Anschluß an eine SPD-Kundgebung offenbar, die am 26. Oktober in Berchtesgadens Bahnhof stattfindet und deren Verlauf „Südost-

Kurier“-Lizenzträger Josef Felder (SPD) auf zweieinhalb Seiten seines Blattes unter der Aufmachung beschreibt: „Neofaschisten schädigen Berchtesgadener Land.“

Das Heimatblatt antwortet mit:

„Die Frage des Obersalzbergs aber ist, wie allein schon aus den eindeutigen Erklärungen des Gemeinderats Salzburg und aus der Leserumfrage unserer Zeitung einwandfrei hervorgeht, für die meisten Bürger des Berchtesgadener Landes kein politisches, sondern ein wirtschaftliches Problem. Es handelt sich dabei insbesondere um eine Frage des für unser Land lebenswichtigen Fremdenverkehrs.“

„Wer das nicht glaubt, der stelle sich einmal eine Stunde an der Zufahrt zum Obersalzberg auf und frage die zahlreichen auswärtigen Autoreisenden, warum sie denn eigentlich in erster Linie nach Berchtesgaden kämen. Er wird dann erfahren, daß die meisten nicht wegen des Watzmann (das war in der SPD-Versammlung gesagt worden), sondern in der Hauptsache wegen der Ruinen am Obersalzberg nach Berchtesgaden kommen.“

die wahren Grundlagen der Verbitterung, die fälschlich von der Gegenseite in Neofaschismus umgedeutet werde.

Am 22. November hat sich der Berchtesgadener Verkehrsverein auf seiner Herbsttagung neben der Frage der Lärmbekämpfung auch mit einer Volksabstimmung befaßt, die in folgender Resolution gefordert wurde:

- Die hierfür zuständigen Stellen werden ersucht, in der Frage der Obersalzbergsprengrung die Bevölkerung des Berchtesgadener Landes oder zumindest die Gemeinde Salzburg umgehend zu einer öffentlichen Abstimmung aufzuerufen.
- Alle zuständigen Stellen des Landkreises und der Gemeinde Salzburg werden ersucht, mit allen verfassungsgemäßen und gesetzlich vorgesehenen Mitteln den Willen der einheimischen Bevölkerung in der Obersalzbergfrage durchzusetzen.

Oberinspektor Rasp gehörte auch jener Delegation an, die dem Landtagspräsidenten Hundhammer „die Meinung des über-

Verhaftungen unter anderem auf den Paragraphen 353 c des Strafgesetzbuches.

Die Paragraphen 353 c und b, die für das Vorgehen der Staatsanwaltschaft mit die Grundlage bildeten, wurden am 2. Juli 1936 von Hitlers Reichsregierung in das Strafgesetzbuch eingefügt. Sie stehen im 28. Abschnitt über „Verbrechen und Vergehen im Amte“ des StGB, und 353 c bedroht dort jeden Privatmann mit unbegrenzter Gefängnisstrafe, in besonders schweren Fällen sogar mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren, der

- „... unbefugt ein amtliches Schriftstück, das als geheim oder vertraulich bezeichnet worden ist, oder dessen wesentlichen Inhalt ganz oder zum Teil einem anderen mitteilt und dadurch wichtige öffentliche Interessen gefährdet...“ (§ 353 c,1).

Ebenso wird nach Paragraph 353 c bestraft, wer

- „unbefugt einem anderen eine Mitteilung weitergibt, zu deren Geheimhaltung er von einer zuständigen Stelle besonders verpflichtet worden ist, und dadurch



Anziehungspunkt für viele Reisende: **Obersalzberg-Ruinen**

Am 4. November schließlich untermauert der „Berchtesgadener Anzeiger“ seine Argumentation über die Bedeutung der Ruinen für den Fremdenverkehr mit einem Auszug aus der amerikanischen Zeitung „Denver Post“ vom 22. September 1951: „Andererseits ist Berchtesgaden auf Grund seiner weltgeschichtlichen Rolle in jüngster Zeit ein Anziehungspunkt für einen Großteil von Reisenden.“ Und so weiter.

Die Ortsgruppe Berchtesgaden der Bayern-Partei veröffentlicht in der gleichen Nummer des „Anzeigers“ neue Argumente: „Man könnte ebenso gut die Autobahnen als ehemalige Straßen des Führers oder zum Beispiel das Garmischer Olympia-Stadion einreißen, weil sie seinerzeit von Hitler gebaut wurden und somit an ihn erinnern.“

Das Stichwort „Garmisch“ fordert die Vorkämpfer des Berchtesgadener Fremdenverkehrs noch zu anderen Hinweisen heraus: Garmischs Bürgermeister Schütte sei SPD-Landtagsabgeordneter, die Haltung der SPD müsse man auch aus der Tatsache heraus verstehen, daß Garmisch und Berchtesgaden sich um die Kurgäste reißen.

Salzbergs Gemeindeforscher Rasp, der Motor des Berchtesgadener Heimatkampfes, ergänzt diesen Hinweis und seine Vorwürfe gegen die diktatorische Einseitigkeit der Staatsregierung: „In Garmisch ist wesentlich mehr Münchner Kapital investiert als in Berchtesgaden.“ Und was die Gewerbebetriebe in unmittelbarer Nähe der Berghoftrümmer auf dem Obersalzberg angehe: „Die hatten bisher mit den Reisebüros Abmachungen auf vier Stunden Aufenthalt. Das bedingte regelmäßig einen Verzehr.“ In solchen Verlusten sieht Rasp

wiegenden Teiles der Berchtesgadener Bevölkerung zum Ausdruck“ brachte. Vergebens.

Auch Innenminister Högner, wiederholt zu diesem Problem befragt, beharrte auf seiner Meinung: „Der Fremdenverkehr im Berchtesgadener Land beruht auf den Naturschönheiten der dortigen Gegend, nicht auf den Ruinen der Hitlerherrschaft.“

Immerhin: Nach einer offiziellen Polizeistatistik haben vom 13. Juli bis zum 20. Oktober 1951 136 560 Besucher den Obersalzberg besichtigt. Fast 110 000 davon, also 80 Prozent, waren Ausländer.

#### AMTSGEHEIMNIS

### Für jedermann Verbot

Der Bundespräsident hat sich jetzt in den Streit gemischt, der in Bonn um die Frage entstand:

- Darf jemand deswegen bestraft werden, weil er Geheimnisse, die andere nicht bewahrten, weitergegeben hat?

Theodor Heuss (von Haus aus selbst Journalist) hat in einem Brief an den Bundesjustizminister Thomas Dehler seiner ernsthaften Besorgnis über die Entwicklung der Beziehungen zwischen Verwaltung und Justiz auf der einen und Presse auf der anderen Seite Ausdruck gegeben.

Der Streit ist entstanden, seit die Bonner Staatsanwälte drei Journalisten wegen der Weitergabe von Geheimnissen, die andere preisgaben, verhafteten (Dr. Robert Platow, seinen Gehilfen Dr. Hans Wegrich und den Chef des „Parlamentarisch - Politischen Presseedienstes“ der SPD, Alfred Schulze). Die Staatsanwaltschaft stützte sich bei ihren

wichtige öffentliche Interessen gefährdet“ (§ 353 c,2).

Als diese Paragraphen 1936 in das Strafgesetzbuch eingefügt wurden, hatten die Sprachrohre von Goebbels' Promi die Berliner Reichspressekonferenz wissen lassen, daß der Führer in einer Kabinettsitzung ausdrücklich erklärt habe, er wolle diese Strafbestimmung „im Regelfall“ nicht gegen Journalisten angewendet wissen.

Der Paragraph 353 c hat denn nach der Erinnerung einiger ehemals Berliner Korrespondenten, die jetzt in Bonn sind, auch nur einmal für einen Journalisten eine Rolle gespielt: im Prozeß gegen einen Mann der „Berliner Börsenzeitung“ namens Schwertfeger, der den vertraulichen Inhalt der Konferenzen im Propagandaministerium (zur Beeinflussung der Berichterstattung der deutschen Presse und zusätzlichen Unterrichtung der deutschen Korrespondenten mit „Hintergrundmaterial“) an verschiedene ausländische Journalisten und diplomatische Missionen weitergegeben hatte.

353 c ist eine Ergänzung des Paragraphen 353 b, der den Geheimnisverrat durch Beamte und Angestellte des Öffentlichen Dienstes (auch nach Ausscheiden aus dem Dienst) bei Gefährdung öffentlicher Interessen mit Gefängnis bzw. Zuchthaus bis zu zehn Jahren bedroht.

Diesen Paragraphen 353 b haben die Nationalsozialisten unter den Vorschlägen der Weimarer Reichskommission für die Strafrechtsreform vorgefunden, als sie 1933 die Macht ergriffen. Er war erstmals vom Reichsjustizminister (November 1921 bis November 1922 und August bis November 1923) Gustav Radbruch, SPD, zur Aufnahme in das Strafgesetzbuch empfohlen worden.